

# Die fetten Jahre sind vorbei

Für 2017 bis 2020 sagt der Finanzplan der Regierung einen Finanzierungsknapen Milliarde Franken voraus. Sparen möchte die Regierung flexibel

von Simone Zwinggi

Die Botschaft der Regierung an den Grossen Rat für die Jahre 2017 bis 2020 liegt vor. Mit «himmelrosa» beschrieb Regierungspräsident Martin Jäger gestern die Farbe der Deckblätter, welche das Regierungsprogramm und den Finanzplan umschliessen. Er verdeutlichte damit, dass es im Moment noch gut bestellt ist um den Staatshaushalt. Und liess erahnen, dass nach der sanften Morgenröte schlechtes Wetter aufziehen wird über Graubündens Finanzen.

## «Wunschkonzert» der Regierung

Das vorliegende Regierungsprogramm sei das «Wunschprogramm» der Regierungsräte, in welchem sie Handlungsschwerpunkte und Projekte ihrer ein-

## Das Regierungsprogramm 2017-2020: Entwicklungsschwerpunkte

Regierungspräsident Martin Jäger hat gestern das Regierungsprogramm für die nächste Planungsperiode vorgestellt. In den vom Grossen Rat festgelegten **acht Handlungsfeldern** legte die Regierung **33 Entwicklungsschwerpunkte** fest. Dabei möchte sie Teilstrategien in den Bereichen **Tourismus, Wasserkraft, regionale Wirtschaftsentwicklung** und **Raumordnung**

prioritär behandeln. Schwerpunkt 3 bezieht sich auf die **Digitalisierung**: Das E-Voting soll flächendeckend eingeführt, Verwaltungsleistungen sollen vermehrt in digitaler Form angeboten werden. Punkt 4 betrifft die **öffentliche Sicherheit**, Punkt 5 den **Bildungsbereich** mit der aktiven Angewandtheit des **demografischen Wandels**. Punkt 11 befasst sich mit der Förderung des gesellschaftlichen Zu-

sammenhalts und der **Gewährleistung der sozialen Sicherheit**. Punkt 19 mit der **wirtschaftsfreundlichen Umsetzung** der **Masseneinwanderungsinitiative**. Mit Punkt 24 wird für die **Wasserkraft** eine **Verbesserung der Rahmenbedingungen** auf Bundesebene vorgesehen. Punkt 32 befasst sich mit den Chancen, die der **Gesundheitstourismus** bietet.

## «Es wird schmerzhaftere Einschnitte erfordern»

Ein Entlastungsprogramm ab 2018, höhere Kantonssteuern, Leistungskürzungen, Abbau von staatlichen Aufgaben: Legt der Grosse Rat keine höhere Ausgabendisziplin an den Tag, will Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner aufs Ganze gehen.

mit Barbara Janom Steiner sprach Reto Furrer

Die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner rechnet damit, dass sie in den nächsten Jahren ein Sparpaket schnüren muss, um die Finanzen in den Griff zu bekommen – ansonsten droht dem

Kanton ein Loch von einer guten Milliarde Franken. Auch eine Steuererhöhung schliesst sie nicht aus.

**Frau Janom Steiner, 2016 scheint in Graubünden noch die Sonne. Die Finanzen sind noch stabil, sagen Sie. Noch solide. Noch.**

**BARBARA JANOM STEINER:** Aufgrund der heutigen Lage können wir

von einer sehr soliden Finanzbasis ausgehen, aber es gibt in verschiedenen Bereichen grosse Unsicherheiten. Wir wissen nicht, wie viel wir zukünftig erhalten werden. Wir wissen auch nicht, wie die Gewinnausschüttung der Nationalbank ausfallen wird. Schliesslich werden wir ganz sicher auch mit Mindereinnahmen zu rech-

## fehlbetrag von einer und schrittweise.

zelen Departemente für die mittelfristige Planung festhält. Die 33 Entwicklungsschwerpunkte sind auf die acht vom Grossen Rat festgesetzten Handlungsfelder aufgeteilt. Wünsche sind die Pläne der Regierung deshalb, weil sie rechtlich noch nicht verbindlich sind, wie Janom Steiner ausführte. «Der Grosse Rat bestimmt letztlich über Budget und konkrete Projektumsetzungen.» Im Moment stehe der Kanton finanziell noch gut da, sagte Janom Steiner. Gleichzeitig müsse sie aber den Warnfinger heben. Der Finanzhaushalt sei ab 2018 mit Defiziten zwischen 80 und 100 Millionen Franken deutlich überlastet.

### Abhängigkeit vom Bund

Schuld an den grossen Defiziten werden vor allem auch die in jüngster Vergangenheit und nächster Zukunft umgesetzten Gesetzesrevisionen tragen,

wie die Spital- und Pflegefinanzierung, das Schulgesetz und der Finanzausgleich. Die Regierung habe auch Mittel für Investitionen sichergestellt, so 80 Millionen Franken für systemrelevante Infrastrukturen und 20 Millionen Franken für das Impulsprogramm «aus den Regionen für die Regionen». Dank diesem sollen diverse Massnahmen rascher als geplant angegangen werden, um Randregionen in ihrer wirtschaftspolitischen Entwicklung zu unterstützen. Weiter ist die Abhängigkeit vom Bund nach wie vor gross, erklärte Janom Steiner. Rund die Hälfte der Gesamteinnahmen würden vom Bund stammen.

### Sparen in kleinen Schritten

Trotz düsteren Finanz-Aussichten wurde gestern aber kein konkretes Sparprogramm vorgestellt. Zu wenig genau voraussehbar seien einzelne Faktoren wie die Ausschüttung der Nationalbank oder das vom Bund vorgeschriebene Maximaldefizit.

Um den Finanzierungsepass in den Griff zu kriegen, hat die Regierung deshalb ein dreistufiges Vorgehen festgelegt. In erster Linie sollen mit Korrekturen im jährlichen Budget und erhöhter Ausgabendisziplin die Ausgaben verringert werden. Als zweiten Schritt sieht die Regierung die Erarbeitung eines Sparpakets vor und die Erhöhung des Steuerfusses für natürliche Personen von 100 auf 105 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Damit würde das Steuerniveau von vor 2009 erreicht

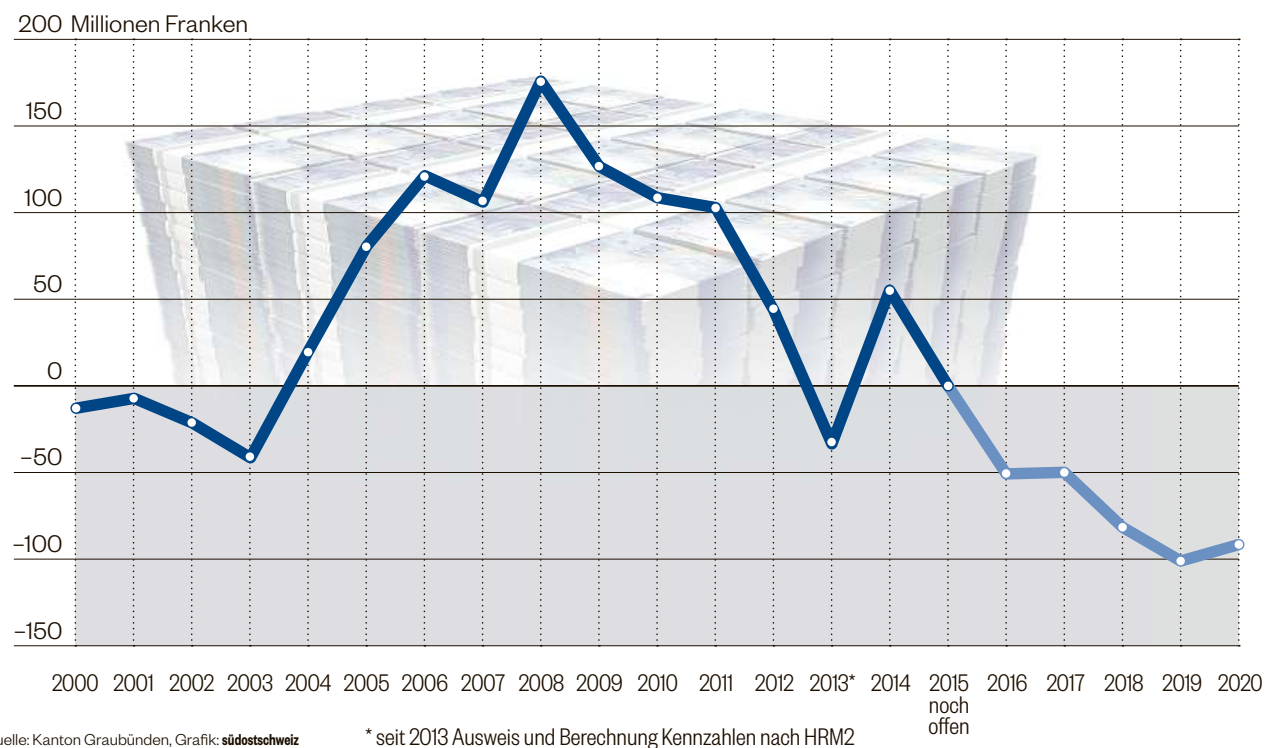
## «Die Ausschüttung der Nationalbank ist sehr volatil.»

werden. Als letzter Schritt müssten Leistungskürzungen und punktuell ein vollständiger Leistungsabbau staatlicher Leistungen vollzogen werden. Weiter könnten mittels zusätzlichen Steuerfusserhöhungen weitere Mehr-

einnahmen generiert werden. Aber an dieses Szenario denken möchte Regierungsrätin Janom Steiner (noch) nicht. «Warten wir das Jahr 2016 ab. Vielleicht sieht es dann schon wieder besser aus.»

### Staatshaushalt Graubünden

Entwicklung der Erfolgsrechnung von 2000 bis 2015 und zukünftige Entwicklung von 2016 bis 2020 gemäss Finanzplan der Regierung



nen haben wegen der Unternehmenssteuerreform III.

### Deshalb droht 2018 ein Defizit von 80 Millionen Franken, 2019 fehlen dann sogar 100 Millionen.

Das sind Defizite, die nicht mehr im Rahmen unserer finanzpolitischen Richtwerte liegen.

### 50 Millionen Franken Defizit ist möglich, mehr hat sich der Kanton selbst verboten.

Das ist der Vorschlag der Regierung. Der Entscheid liegt beim Grossen Rat. Bei über 50 Millionen kommen wir in einen Bereich, wo wir es mit strukturellen Defiziten zu tun haben. In diesem Bereich braucht es Entlastungsmassnahmen.

### Sie fordern mehr Disziplin bei den Ausgaben. Der Grosse Rat tut sich damit aber immer sehr schwer. Also muss ein Sparpaket her?

Noch nicht. Die Regierung beabsichtigt, flexibel und schrittweise vorzugehen. In einer ersten Priorität setzen wir auf eine hohe Ausgabendisziplin und auf Korrekturen bei der Budgetierung. Wenn das nicht ausreichen sollte, müssen wir für das Jahr 2018 ein Entlastungsprogramm erarbeiten, allenfalls kombiniert mit einer Steuerfusserhöhung. Wir könnten zurück auf den Stand von vor dem Jahr 2009, als der Steuerfuss für einen geplanten Zeithorizont von vier bis fünf Jahren von 105 auf 100 Prozent gesenkt wurde.

### Und wo wollen Sie sparen?

Das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen. Es wird aber schmerzhaftere Einschnitte erfordern, insbesondere auch

bei Beiträgen an Dritte, dem weitaus grössten Kostenblock.

### Seitens der Regierung ist die Rede davon, dass man gewisse staatliche Leistungen ganz abbauen wolle.

So etwas sehen wir erst in einer dritten Priorität vor, wenn das Entlastungsprogramm und die Steuererhöhung zusammen nicht ausreichen würden. In einer solchen Situation wäre es denkbar, dass Leistungen vollständig gekürzt oder einzelne staatliche Aufgaben vollständig abgebaut würden.

### Viele Leistungen können Sie gar nicht ganz abbauen, weil Sie gesetzlich vorgeschrieben sind. In der Kultur wäre es vielleicht eher möglich, oder im Bildungsbereich.

Man wird in allen Bereichen ein mögliches Sparpotenzial aufzeigen müssen. Das war 2003 schon so, als wir ebenfalls sparen mussten und ein Gesamtpaket schnürten, das keinen Bereich über alle Massen getroffen hat.

### Aber Sie sprechen davon, dass gewisse staatliche Leistungen ganz abgebaut würden.

Entlastungsprogramme erfordern immer verstärkte Prioritätensetzungen. Ich hoffe und gehe davon aus, dass diese dritte Phase nicht nötig werden muss.

## «Steuererleichterungen sind im Moment absolut kein Thema.»

Noch ist der Bündner Staatshaushalt stabil: Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner rechnet aber damit, in den nächsten Jahren ein Sparpaket schnüren zu müssen.

Bild: Olivia Item



### Aber Pläne dafür gibt es in einer Schublade bereits?

Wir dürfen im Voraus nichts ausschliessen. Ein vollständiger Leistungsabbau ist eine Massnahme der letzten Schublade. Das ist dann eine politische Entscheidung des Grossen Rates. Ich gehe nicht davon aus, dass ich sie werde ziehen müssen. Ich will mich heute deshalb auch gar nicht dazu äussern.

### Und gleichzeitig fordern gewisse bürgerliche Parteien andauernd Steuererleichterungen von Ihnen.

Steuererleichterungen sind im Moment absolut kein Thema. Das habe ich auch immer so gesagt im Parlament.

Ihre Finanzplanung, so rot die Zahlen auch sind, basiert auf optimistischen Annahmen. Sie rechnen mit einem realen Wirtschaftswachstum von jährlich einem Prozent und ab 2017 zusätzlich von einer Teuerung von einem Prozent. Davon kann man im Moment nur träumen.

Im Moment ja. Wir stützen uns bei der Planung auf Prognosen von Bak Basel, Nationalbank, Economiesuisse und vom Bund und sind darum verhalten optimistisch. Wir rechnen mit einem moderaten Wirtschaftswachstum.

### Bis 2020 klappt ein Loch von einer guten Milliarde Franken in der Bündner Staatskasse. Wenn die Wirtschaft moderat wächst. Wenn nicht?

Bei schlechterer Wirtschaftslage wird der Mittelabfluss entsprechend höher.

### Wie viel höher?

Das kommt darauf an, wie sich einerseits die Wirtschaft und andererseits die Ausgabenseite entwickeln. Wenn wir es in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung weiterhin mit dynamisch steigenden Kosten zu tun haben, wird es schwierig.

### Deshalb will die Regierung als Schwerpunktziel die Zahl der Mittelschulen reduzieren?

Dass die Kosten in den Mittelschulen steigen, hat mit einer Revision des Mittelschulgesetzes zu tun. Es gibt keine Absichten, hier etwas rückgängig zu machen. Aber wie gesagt: Im Rahmen eines Sparprogrammes müsste man alle Bereiche anschauen; auch den Bildungsbereich und den Gesundheitsbereich.

### In drei Jahren endet Ihre Amtszeit als Regierungsrätin, Sie werden Ihrer Nachfolgerin, Ihrem Nachfolger, rote Zahlen hinterlassen.

Ich gehe davon aus, dass ich gegen Ende meiner Amtszeit ein Entlastungspaket erarbeiten muss, um die Finanzen im Lot zu halten.